

*Rede von Andreas Stoch,
Kleiner Parteitag der SPD Baden-Württemberg,
7. Mai 2022, Stuttgart*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
ich muss niemandem von Euch daran erinnern, dass wir schwierige, dass wir schwere Zeiten erleben.

Wir hoffen darauf, dass die mehrjährige Krise der Corona-Pandemie zu Ende geht, aber mehr als hoffen können wir nicht, und es besteht die Gefahr, dass uns dieses Virus im kommenden Herbst wieder schneller einholen könnte, als man sich das vorstellen kann.

Und schon jetzt stehen wir vor einem Berg an Aufgaben, die in dieser Pandemie liegen geblieben sind oder die durch die Pandemie überhaupt erst entstanden. Denn gerade zu Beginn der Pandemie lag das Augenmerk vieler Verantwortlicher wieder eher auf der Rettung von Luftlinien als auf der Hilfe für die Menschen, die unsere Hilfe besonders nötig haben. Die Pandemie hat viele Ungleichheiten verschärft, sie hat Unfares noch unfairer gemacht und die, die am Rand stehen, noch weiter an den Rand gedrängt.

Wir haben allein an diesem Punkt schon mehr als genug zu tun, und bei der SPD wissen wir das auch, das beweist schon ein einziger Blick in das Antragsbuch für diesen kleinen Parteitag. Und er beweist auch, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in einer nie gekannten Krise wie der Corona-Pandemie unsere Leitlinien und unsere Ideale keine Sekunde aus den Augen verlieren.

Gerade in dieser Krise ist nicht weniger, sondern mehr Solidarität gefragt. Dafür stehen wir wie keine zweite Partei in diesem Land, und darauf sind wir stolz!

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir hatten schon mehr als genug zu tun, als der russische Präsident Putin befahl, die Ukraine anzugreifen. Seither haben wir noch viel mehr zu tun.

Viel mehr angesichts eines verbrecherischen Krieges, hinter dem Großmachtfantasien stehen und der böse Wille, statt auf eine friedliche Weltordnung auf das Recht des Stärkeren zu setzen, auf Willkür, Gewalt und Terror. Es ist der blutige Krieg einer immer ungeschminkteren Diktatur gegen Freiheit und Demokratie. Es ist ein Krieg, in dem die Bomben und Granaten bisher nur in einem Land fallen, und der doch schon zur Rückkehr eines weltweiten kalten Kriegs geführt hat.

Ich glaube, niemand von uns hat sich das noch vor wenigen Monaten ausmalen können geschweige denn ausmalen wollen. Jetzt stellt dieser Krieg alles in den Schatten, und auch angesichts dieses Krieges müssen wir handeln. Es bleibt uns keine andere Wahl.

Wie sollen wir handeln? Da fehlt es nicht an Vorschlägen, denn so wie sich in der Pandemie plötzlich jeder zweite Mensch in diesem Land mit Virologie auskannte, sind wir ja jetzt von Militärexperten, Chefstrategen und Osteuropa-Experten umgeben. Wie schon in der Pandemie hören wir wieder steile Thesen, wieder gibt es krude Lügenmärchen und wieder gibt es den Versuch, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Und wieder stecken oft exakt die gleichen Leute hinter diesen Aktionen.

Und wer uns jetzt noch erzählen will, wir dürften diese Leute nicht pauschal kritisieren und es seien doch nur besorgte Bürger, den frage ich, ob er keine Augen im Kopf hat: Ob er nicht sieht, dass die, die vor sieben Jahren gegen eine Islamisierung des Abendlandes brüllten genau die waren, die bei Corona gegen Maßnahmen und Impfungen brüllten und genau die, die jetzt für Putin und gegen den Westen brüllen.

Wir haben es hier mit Feinden der Demokratie zu tun und mit Feinden eines freiheitlichen Staates. Und egal unter welchem Alibi diese Leute am Werk sind, egal, ob Sie mit schwarzen Sonnen oder Z-Symbolen durch die Gegend laufen: Wir stellen uns Ihnen in den Weg.

Keinen Fußbreit für diese Faschisten!

Liebe Genossinnen und Genossen,
manchmal hat man den Eindruck, wir hätten in der Pandemie nicht besonders viel gelernt. Denn wieder beherrschen auch in dieser Krise vor allem steile Thesen die Schlagzeilen, und wieder weiß es jeder besser.

Ich möchte manchen Leuten in diesen Tagen zurufen: Der Krieg in der Ukraine ist kein Videospiele, in dem man Waffenpunkte sammelt! Es ist auch kein Quartett, in dem man Panzer wie Trumpfkarten verteilt! Dieser Krieg ist die größte humanitäre Katastrophe, die wir in diesem Jahrhundert bisher in Europa erleben mussten, dieser Krieg bedeutet Tod, Gewalt und Zerstörung, Flucht und Vertreibung und unsagbares Elend. Und alles, was wir tun, darf nur ein Ziel haben: Dieser Krieg muss aufhören, so schnell wie möglich.

Aber einen Krieg kann man sich auch nicht wegwünschen. Wir alle haben Verständnis für die Angst vor einer Eskalation dieses Krieges. Und wir alle würden uns wünschen, dass einfach alle die Waffen niederlegen und aufhören, sich zu bekämpfen. Wer wüsste das besser als die SPD?

Aber es ist ein Krieg. Und wenn nur eine Seite die Waffen niederlegt, bringt das keinen Frieden. Wer also auch nur den Anschein erweckt, als werde die Ukraine aufgefordert, sich doch einfach den Aggressoren zu ergeben, der darf sich über Empörung auf der ganzen Welt nicht wundern.

Ich bin dankbar, dass die SPD die Bundesregierung führt. Ich bin dankbar, dass Olaf Scholz sie führt. Und wer immer Olaf vorwirft, er Rede in dieser Krise mit vielen Wenss und Abers, dem rufe ich zu: Es GIBT eben viele Wenss und Abers.

Denn diese Krise ist nicht nur sehr, sehr ernst, sie ist auch sehr, sehr kompliziert!

Und bin dankbar, dass es Olaf in dieser Lage eben nicht um PR und nicht um schnelle Schlagzeilen geht, dass er nicht nur für ein paar Fotos in die Ukraine reist. Ich bin dankbar, dass Olaf sich gerade in diesen enorm schweren Zeiten an klaren Leitlinien orientiert:

Deutschland handelt in enger Abstimmung mit unseren Bündnispartnern, Deutschland hilft der Ukraine, Deutschland wird aber kein Kriegsteilnehmer. Wenn Deutschland der Ukraine Waffen

liefert, dann müssen diese Waffen dort auch schnell einsetzbar sein. Und bei aller Hilfe für die Ukraine muss die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr erhalten und ausgebaut werden.

Dass zwischen uns und der Ukraine noch zwei Landesgrenzen liegen, ist keine Sicherheit mehr, das müssen wir einsehen. Putin hat Grenzen überschritten, auch ganz buchstäblich. Und es gibt keine Garantie, dass er nicht noch mehr Grenzen überschreiten würde, wenn er nicht mit massiver Gegenwehr rechnen muss.

All das sind Wahrheiten. Und wer nicht all diese Wahrheiten berücksichtigt, der macht einen Fehler, den Olaf Scholz und die Bundesregierung sich eben nicht leisten können. Wir haben einen klaren Standpunkt und scheuen daher auch keine kontroverse Debatte.

Leicht ist die Lage auch nicht bei der Energieversorgung und den Sanktionen gegen Russland:

Es geht hier nicht um pubertäre Fantasien, in denen man über Nacht den Gashahn zudreht oder gar noch die Pipelines sprengt. Es geht nicht um Symbole, sondern einen Druck auf das russische Regime, der auch ankommt.

Deutschland wird möglichst schnell unabhängig von russischen Energieimporten werden. Der russische Anteil an den Rohölimporten ist in kurzer Zeit von 35 Prozent auf zwölf Prozent gesunken, auch beim Erdgas sinkt er immer weiter. Und auch wenn Olaf Scholz nicht vor den Kameras der Weltpresse irgendeinen Hahn zudreht: Jeder Tag und jedes Prozent weniger Energie aus Russland bedeutet Millionen und Milliarden weniger für die russische Staatskasse, jeder Tag trifft Putin empfindlich.

Es wird in Deutschland Leute geben, die selbst bei einer so furchtbaren Lage wie dem Krieg in der Ukraine nicht von ihren üblichen Reflexen lassen können. Die buchstäblich vor dem Hintergrund einer zerbombten Ukraine Parteipolitik betreiben und denen es bei Ihren Aussagen immer nur um die schnelle Schlagzeile geht.

Aber dieser Krieg ist keine Kulisse, Herr Merz! Es ist ein Krieg, und mit diesem Krieg können wir uns nicht abfinden und wir wollen das auch nicht! Wir brauchen eine Perspektive für Frieden. Mit einem klaren Ziel: Dass die Ukraine ihre Souveränität, ihre Freiheit und ihre Demokratie verteidigen kann. Dabei unterstützen wir sie. Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen, es darf keinen Diktatfrieden geben. Die Bedingungen einer Friedensvereinbarung kann nur die Ukraine selbst formulieren.

Und die schockierenden Gräueltaten und Kriegsverbrechen in der Ukraine müssen aufgearbeitet und geahndet werden. Präsident Putin und sein Regime müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Angesichts dieses Krieges muss nicht nur der Bund handeln, nicht nur die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik. Auch wir hier in Baden-Württemberg sind gefragt, wir wollen denen, die sich vor dem Krieg zu uns geflüchtet haben, helfen, wir wollen sie unterbringen, betreuen und unterstützen. Und auf die überwältigende Hilfsbereitschaft so vieler Menschen in unserem Land dürfen wir stolz sein. Das ist schlicht großartig.

Und vieles von dem, was wir vom Landesvorstand in unserem Initiativantrag „Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt“ fordern, dient dem Ziel, alle Helferinnen und Helfer in diesem Land zu unterstützen, bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen und die Grundlagen zu schaffen, dass wir diese Aufgaben bestmöglich bewältigen können. Das geht mit einer sinnvollen und gerechten Verteilung von Geflüchteten los.

Wir sind uns wohl bewusst, dass Baden-Württemberg für viele aus der Ukraine nicht der erste Anlaufpunkt ist – oder nur dann, wenn es hier schon Verwandte oder Freunde gibt. Klar ist aber, dass eine Stadt wie Berlin nicht alle Menschen allein aufnehmen kann, auch wenn viele gerne in Berlin bleiben. Allein schon deswegen, weil der Weg zurück in die Ukraine von dort aus deutlich kürzer ist.

Zu dieser sinnvollen Verteilung gehört auch eine sinnvolle und zügige Registrierung, die man übrigens nicht immer nur als Misstrauen gegenüber den Ankommenden verstehen darf. Hilfsorganisationen betonen immer wieder, dass eine Vermeidung beispielsweise von Doppelanmeldungen immer auch dem Kampf gegen Menschenhandel dient, ja sogar dem Menschenhandel und sogar der Zwangsprostitution. Das dürfen wir nie vergessen.

Und hier im Land muss so eine Registrierung dann eben auch schnell möglich sein. Wir brauchen also Technik, wir brauchen Personal. Da bei muss auch das Land helfen, technische Probleme zu beseitigen, hier und da wird auch die Polizei vor Ort helfen können oder sogar müssen, die Polizei hat nämlich nicht selten weit besser funktionierende Ausstattung zur Registrierung.

Und wie so oft in Krisenzeiten wird auch jetzt noch deutlicher, woran es in diesem Land mangelt. Denn wenn es gilt, hunderttausende Menschen aus der Ukraine unterzubringen wird noch klarer, wie sehr Baden-Württemberg unter Wohnungsmangel leidet. Seit Jahren fordern wir, durch erheblich stärkeres staatliches Handeln für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, aber da ist der Glaube an den Markt bei den Grünen so naiv wie bei den Schwarzen.

Jetzt jedenfalls fehlen Wohnungen NOCH dringender. Was tun?

In dem Antrag steht Punkt für Punkt, von der Schaffung von modularem Wohnraum auf Landesflächen, Erleichterungen bei Planung und Genehmigung, Hilfen für die Kommunen.

Und alles, was wir von der Landesregierung in Sachen Wohnbau gefordert haben, von der Landesentwicklungsgesellschaft über mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau oder schärferen Verboten der Zweckentfremdungen – all das ist nicht nur weiter notwendig, es ist jetzt notwendiger denn je!

Und nicht anders verhält es sich an den Kitas und Schulen:

Ein Löwenanteil der Geflüchteten aus der Ukraine sind Frauen mit Kindern, 40 Prozent sind minderjährig. Und der Mangel an Kita-Plätzen, der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern wird dadurch nur noch deutlicher. Wir brauchen keine Neiddebatten und keinen Kampf um Kita-Plätze. Was tun? Wir schlagen zum Beispiel ein Kita-Platz-Sharing vor, eine Übergangslösung bei zu langen Wartelisten. Bei so einem Kita-Platz-Sharing teilen sich zwei neue Kinder zunächst einen Platz und besuchen die Kita vorerst nur zwei oder drei Tage die Woche.

Das ist besser als nichts, und macht eben den Unterschied, ob die Mutter eines Kleinkinds nun einen Deutschkurs besuchen kann oder nicht, ob eine Arbeit in Teilzeit möglich ist oder nicht.

Und natürlich müssen unterdessen endlich mehr Fachkräfte an die Kitas!

An den Schulen geht es weiter, leider auch mit denselben Problemen: Wir bräuchten mehr Personal, dabei haben wir schon jetzt zu wenig. Es braucht Lehrkräfte, es braucht Unterstützerinnen und Unterstützer, es braucht Menschen, die übersetzen, es braucht schulpsychologische Hilfe und viel mehr Schulsozialarbeit. Vor diesem Hintergrund ist auch klar: Alles, was eine schnelle und unkomplizierte Beschäftigung ukrainischer Lehrkräfte behindert oder auch nur bremst, muss vom Tisch!

Es kann nicht sein, dass Fachkräfte aus der Ukraine hier nicht helfen können, weil irgendwelche Durchschläge fehlen!

Und auch wenn wir Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine im Grundsatz ganz normal in unsere Schulen integrieren, wird es Ausnahmen geben: Wer in höheren Klassen kurz vor der Prüfung steht, sollte vielleicht erstmal den ukrainischen Abschluss machen. Da braucht es vielleicht auch muttersprachliche Klassen, vielleicht auch mal zusätzliche Räume und natürlich auch die Möglichkeit zum digitalen Fernunterricht.

Das kommt nicht von allein, und auch hier darf das Land und darf das Kultusministerium nicht einfach abwarten, ob die Kommunen das allein schaffen.

Wenn wir aus der Corona-Pandemie auch nur ein kleines Bisschen gelernt haben, dann wissen wir doch: Nein, das erledigt sich nicht von selbst, da muss man anpacken!

Und es wird sich auch nicht von allein erledigen, den Menschen aus der Ukraine einen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt zu verschaffen. Daran müssen wir aber denken. Es ist wahr, dass es bereits erste Geflüchtete aus dem Westen der Ukraine gab, die jetzt schon wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Aber wenn wir uns ansehen, wie viele Städte und Dörfer in der Ukraine aussehen, dann wissen wir:

Oft wird das so schnell nicht möglich sein, nicht einmal nach dem Ende aller Kämpfe. Viele Menschen werden viele Jahre bei uns bleiben müssen, ehe an eine Rückkehr überhaupt zu denken sein wird.

Das ist eine Aufgabe, aber auch eine Chance für uns, denn in der Wirtschaft können viele Ausbildungsplätze nicht mehr besetzt werden. Wir müssen also Angebot und Nachfrage zusammenbringen, aber auch das macht der Markt nicht allein. Die Geflüchteten brauchen Sprachförderung, Integrations- und Berufssprachkurse, Migrationsberatung und natürlich eine Arbeitserlaubnis.

Und auch hier darf es keine unsinnigen Hürden bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Weiterbildungen geben.

Auch hier braucht es ein aktives und tatkräftiges Zutun des Landes, und das nicht nur im Interesse der Geflüchteten, sondern auch im Interesse der Wirtschaft unseres Landes.

Viele Menschen, die zu uns kommen, können für sich sorgen und wollen das auch, und das muss das Land mit allen Kräften unterstützen. Das ist keine Kür, das ist Pflicht!

Was die Menschen aus der Ukraine bei uns suchen, ist Schutz vor Krieg und Gewalt, was sie suchen, ist das, was für sie lange selbstverständlich war was für uns zum Glück selbstverständlich ist: Ein Leben in Freiheit und ein Leben in Frieden.

Es ist unsere Aufgabe diesen Frieden in der Ukraine so schnell wie möglich wiederherzustellen. Es ist aber auch unsere Aufgabe, diesen Frieden hier bei uns zu bewahren. Dazu gehört es, aktiv gegen Desinformation und russische Propaganda vorzugehen, die Unruhe und eine Spaltung unserer Gesellschaft zum Ziel hat.

Es ist auch unsere Aufgabe, uns gegen Cyberangriffe zu schützen, die zur hybriden Kriegsführung der russischen Seite gehören. Je stärker die russische Regierung durch die Sanktionen der Weltgemeinschaft unter Druck gerät, desto mehr müssen wir damit rechnen, dass Cyberangriffe auf unseren Staat und unsere Wirtschaft, aber auch auf unsere kritische Infrastruktur erfolgen können. Putin darf keine Macht über dieses Land haben, nicht durch eine Gasleitung und auch nicht durch eine Datenleitung!

Und wenn wir nach der Flutkatastrophe von 2021 auf den Nachholbedarf beim Zivilschutz hingewiesen haben, dann gilt auch das nur noch mehr.

Und wir müssen auch Sorge dafür tragen, dass dieser Krieg nicht in unsere Gesellschaft getragen wird.

Das gilt für die inszenierten prorussischen Demonstrationen ebenso wie für pauschale Anfeindungen gegenüber der russischstämmigen Bevölkerung. In Baden-Württemberg können Menschen aus allen Teilen der Welt friedlich miteinander leben und das muss auch so bleiben!

Und wir müssen noch mehr tun: Abhängigkeit von Russlands fossiler Energie beenden wir, indem wir die Regenerativen Energien stärken. Gerade in Baden-Württemberg ist die Bilanz nach elf Jahren grün geführter Landesregierungen blamabel, seit Grün-Schwarz regiert, herrscht Stillstand und der muss aufhören. Für den Schutz unseres Klimas ebenso wie den Schutz unserer Unabhängigkeit!

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland belasten unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen.

Das gilt für ganz Europa, aber für Baden-Württemberg gilt es ganz besonders. Darum muss auch die Landesregierung besonders aktiv sein, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Unsere Landtagsfraktion hat hierzu ein Fünf-Punkte-Papier vorgelegt. Und es ist nötig, diese Punkte anzugehen. Nötig wegen Corona, nötig wegen des Ukraine-Kriegs, nötig wegen der Transformation und dem Wandel der Märkte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Allein schon dieser kurze Überblick zeigt, wie viel es anzupacken gilt in diesen Zeiten. Und wie ich am Anfang schon gesagt habe, es gibt noch viel mehr, was wir anpacken wollen und anpacken müssen.

Das ist viel, das ist sogar sehr viel.

Denn der Schutz des Klimas wird durch Corona nicht weniger drängend und die Folgen der Pandemie verschwinden nicht durch den Krieg und seine Folgen.

In diesen Tagen hören wir gerade in Baden-Württemberg oft, so viel können man gar nicht auf einmal machen, es werden die Stimmen laut, die hier und da Abstriche fordern. Wir erleben sogar, wie konservative Kräfte davon träumen, dass man die Uhr einfach zurückdrehen kann. Und wir hören, man könne den Euro eben nur einmal ausgeben, also entweder für Verteidigung oder für Bildung, entweder für Klimaschutz oder für Geflüchtete.

Das ist falsch! Und die SPD kann beweisen, dass es falsch ist.

Wir werden es nicht zulassen, dass dringende Aufgaben für dieses Land und unsere Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden.

Dass die aktuelle Landesregierung in all den Krisen immer nur einen Grund fürs NICHT handeln findet, aber keinen Grund zum Handeln.

Wir stehen für eine Politik, die handelt, wann immer es nötig ist. Und wenn es in diesen Tagen nötig ist, besonders viel zu handeln, dann MÜSSEN wir besonders viel handeln. Dann müssen wir das eine tun, ohne das andere zu lassen. Dann können Ausgaben für die Verteidigung nicht zu Lasten des Sozialstaats gehen und Ausgaben für den Klimaschutz nicht zu Lasten der Bildung. Gerade hier in Baden-Württemberg verfügt eine Landesregierung über die Mittel, viel mehr zu tun, als es die jetzige Landesregierung tut. Wenn ich es im Kopf überschlage, komme ich im Moment auf eine Liquidität von fast 20 Milliarden Euro.

Und da reden wir noch nicht einmal von Krediten, die man in einer Notlage wie dieser jederzeit verfassungsgemäß aufnehmen könnte, wenn es denn nötig wäre. Es ist also nicht nur falsch, angesichts all dieser Aufgaben immer weniger zu tun, es ist auch vollkommen unbegründet. Die SPD zeigt auch her und heute, dass es anders und besser geht. Dass wir auch in diesen Tagen nicht den Kopf senken, sondern handeln. Der Berg an Aufgaben, der vor diesem Land liegt, ist kein Grund zur Kapitulation, sondern ein Anlass, die Ärmel hochzukrempeln.

Wir machen es heute vor. Und wer es nicht begreifen kann oder will, der sollte uns Platz machen. Wir haben zu tun.

Danke.